

## Wahlprogramm DIE LINKE 2021

### Zusammenfassende Einschätzung

DIE LINKEN verabschieden sich nicht nur durch ihr Programm immer mehr aus dem Spektrum demokratischer Parteien. Trotz einiger halbwegs realistischer Politiker und Landesverbände innerhalb von DIE LINKE, hat sich die Partei auf Bundesebene für einen radikal-linken Kurs entschieden.

Dazu kommen Aussagen, die aufhorchen lassen. So sei Extremismus nicht gleich Extremismus. Der von rechts sei schlimmer als der von links. Begründung? Fehlanzeige.

Die Bundeswehr soll aus allen Auslandseinsätzen abgezogen werden, was dann aber folglich auch bedeuten würde, dass man in diversen Bürgerkriegen und Terrorregimen die Opfer im Stich lässt. Die NATO, für Deutschland ein Garant von Frieden – und somit auch von Sicherheit und Wohlstand – soll abgeschafft werden. DIE LINKE setzt auf die Zusammenarbeit mit Putin und Russland.

Allein die politischen Forderungen, die nicht direkt die Wirtschaft betreffen, müssen jedem Staatsbürger die Nackenhaare hochstellen. Die Linke dreht eine ganz weite Rolle rückwärts in die Vergangenheit und versucht gescheiterte gesellschaftspolitische Modelle einzuführen.

Aber auch die wirtschaftspolitischen Wünsche sind fernab von jeder Realität. Enteignungen werden als geeignetes Mittel angesehen. Staatskonzerne und öffentliche Unternehmen sind das Mittel der Wahl. Eigentum wird durch massive Steuererhöhungen in fast allen Bereichen wegbesteuert. Die Vermögenssteuer ist derart gewaltig und fängt bereits bei im Vergleich so kleinen Beträgen an, dass nahezu jedes Unternehmen die Gewinnaussichten der nächsten Jahre ad acta legen kann. So möchte DIE LINKE eine Vermögenssteuer einführen, die ab 1 Prozent progressiv auf bis zu 5 Prozent ansteigt. Zusätzlich kommt eine ebenfalls progressiv ansteigende, einmalige Vermögensabgabe, die 10 Prozent bis 30 Prozent des Vermögens besteuert – allerdings „darf“ dieser Betrag über 20 Jahre auf Raten bezahlt werden. Die Belastung durch die Vermögenssteuer soll sich auf 70 Milliarden Euro jährlich belaufen. Die Vermögensabgabe wird auf 310 Milliarden Euro taxiert. Auch die Einkommensteuer soll angehoben werden und in der Spitze auf gewaltige 75 Prozent anwachsen. Daneben soll auch die Kapitalertragsteuer abgeschafft werden, so dass der höhere persönliche Steuersatz gilt und ebenso sollen alle Verschonungsregeln bei der Erbschaftsteuer geschliffen werden. Insgesamt sind die Steuerpläne ein massiver Angriff auf jegliches freie Unternehmertum und etliche Leistungsträger der Gesellschaft.

Neben diesen Steuerplänen beinhaltet das Programm aber auch noch weitere Freiheitseinschränkungen. Der Mindestlohn soll angehoben werden, was insbesondere denen schaden wird, die auf dem Arbeitsmarkt sowieso schwer Tritt fassen. Stattdessen werden nahezu sämtliche Sozialleistungen inkl. des sozialen Wohnungsbaus milliardenschwer aufgepumpt. Lieber wird Armut verwaltet, als Arbeit geschaffen.

Als Gegenansatz soll ein „Rechtsanspruch auf eine Vollzeitstelle“ geschaffen werden – die DDR lässt grüßen. Das ließe sich indes nur mit massiver planwirtschaftlicher Lenkung, Verstaatlichung und einer völligen Abkehr von einer freien Wirtschaft realisieren.

Die Normalarbeitszeit soll auf 30 Stunden abgesenkt werden, die Höchstarbeitszeit beträgt nach Wünschen der Linken 40 Stunden pro Woche. Eine Flexibilisierung ist nicht angedacht, im Gegenteil. Die Festlegung der Linken: 8 Stunden pro Tag bei 11 Stunden Ruhezeit. Auch die Hartz-Reformen sollen zurückgedreht werden. Die soziale Sicherung soll völlig sanktionsfrei erfolgen und angehoben werden.

Die Renten sollen selbstverständlich angehoben werden, obwohl das System kaum noch finanzierbar ist. Eine Mindestrente ist natürlich ebenfalls angedacht.

Im Gesundheitssektor steht - wenn es nach den Linken geht - eine gewaltige Verstaatlichungswelle an und auch im Immobiliensektor werden staatliche Eingriffe bis hin zur Verstaatlichung sowie massive Eingriffe wie die Mietpreisbremse der Normalfall, wenn diese Partei sich durchsetzt.

Massive Verstaatlichungsfantasien ziehen sich im Übrigen über alle Kapitel. Auch zum Beispiel der Verkehrssektor soll von eigenwirtschaftlichen Unternehmen bereinigt werden und nahezu ausschließlich unter öffentlicher Hoheit ausgeführt werden.

Die Versprechen der Linken sind eigentlich nur zu halten, wenn jegliche Einkommen massiv besteuert werden und somit die Einkommen nivelliert werden. Auch die Schuldenbremse soll abgeschafft werden, damit die Finanzierung über Staatsverschuldung möglich ist. Das ist immerhin konsequent im Sinne einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die Geschichte lehrt allerdings, dass das so schlicht niemals funktioniert - selbst wenn man das befürwortet.

Und natürlich soll auch die Energiewende zukünftig nur durch öffentliches Eigentum oder Genossenschaften durchgeführt werden - auch im Bereich der Strom- und Wärmenetze. Wie die Grünen verlangen auch die Linken den Ausstieg aus dem Erdgas und die Klimaneutralität 2035 ohne zu erklären, wie die Versorgungssicherheit gewährleistet werden soll. Das wissenschaftlich unumstritten favorisierte Modell der CO<sub>2</sub>-Bepreisung wird abgelehnt. Stattdessen will man „den Konzernen klare Vorgaben machen“. Auch der Kohleausstieg soll um 8 Jahre auf 2030 vorgezogen werden. In Kombination ist dieses Programm reine Fantasie, da unter diesen Umständen eine sichere Energieversorgung nahezu ausgeschlossen ist.

Ferner wird auch in der Außenwirtschaftspolitik die Schraube angezogen. Selbst KMU sollen überall auf der Welt alle von den Linken geforderten Standards in ihren Lieferketten sicherstellen. Die entsprechenden auch ausländischen Angestellten bekommen jeweils ein Klagerecht, damit sie ihre Interessen durchsetzen können. Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA werden abgelehnt.

Das alles möchte DIE LINKE auch auf europäischer Ebene mehr oder minder durchsetzen. Die EZB soll ihre Unabhängigkeit verlieren, Verschuldung in großem Stil auch auf europäischer Ebene stattfinden.

Als Fazit lässt sich festhalten: Das Programm liest sich in der Tat wie eine Weichenstellung in Richtung Kommunismus. Vieles ist tatsächlich reine Utopie. Für Deutschland wäre es gut, wenn die meisten Ideen des Wahlprogramms der Linken keine Bedeutung für die Zukunft bekämen.